

Antrag

der Abgeordneten Dr. Rainer Kraft, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Mariana Iris Harder-Kühnel, Nicole Höchst, Dr. Malte Kaufmann, Barbara Lenk, Mike Moncsek, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Sicherstellung der Energieversorgung für die Bundesrepublik Deutschland“

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag setzt gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eine Enquete-Kommission: „Sicherstellung der Energieversorgung für die Bundesrepublik Deutschland“ ein.

I. Auftrag

Die Enquete-Kommission erhält den Auftrag:

1. Eine Bestandsaufnahme und Evaluation der Energieversorgung in Deutschland in ihrer Gesamtheit vorzunehmen, dabei einen Überblick über die derzeitige Energieversorgung (weltweit, EU-weit und deutschlandweit) zu erarbeiten, ergebnisoffen die Vor- und Nachteile der von der Bundesregierung anvisierten Energiepolitik darzustellen, gegeneinander abzuwägen und eine Folgenabschätzung vorzulegen sowie Vorschläge, Optionen und grundsätzliche Alternativen für eine Energieversorgung der Zukunft zu erarbeiten, die den sich verändernden Grundbedingungen angemessen ist.
2. Dem Deutschen Bundestag einen umfassenden Bericht über die verschiedenen Möglichkeiten der Sicherstellung der Energieversorgung zu liefern, der auf einer Stärken-Schwächen-Analyse der durch die Bundesregierung seit 2000 betriebenen „Energiewende“ sowie auf einem Vergleich der Energiepolitik starker Industrienationen in Europa und der Welt mit derjenigen der Bundesrepublik basiert.
3. Handlungsempfehlungen für den Gesetzgeber zu formulieren, auf welchen Wegen eine langfristige stabile und kostengünstige Energieversorgung der Bundesrepublik gewährleistet werden kann, die den in den vergangenen Jahrzehnten erwirtschafteten Wohlstand erhält, energiepolitische Abhängigkeiten vermeidet, den Industriestandort Deutschland nicht gefährdet und die Umwelt am wenigsten belastet.

Die Enquete-Kommission nimmt sich des Weiteren folgender (Detail-)Aufgaben an:

1. Darstellung des Anteils sogenannter regenerativer Energien an der Gesamt-Energieproduktion in Deutschland, Europa und der Welt;
2. Ermittlung und Darstellung der genauen Kosten und Finanzierung der Ökostrom-Förderung;
3. Darstellung der Kostenentlastung durch die Streichung der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und Aufzeigen weiterer Entlastungsmöglichkeiten in Zeiten hoher Inflation und des Krieges;
4. Ermittlung und Darstellung von Gesundheitsrisiken, Kosten und Gefahren darstellung im Bereich sogenannter regenerativer Energien, beispielsweise von bzw. durch Windräder, Batterien in Elektroautos, erdgebundene Leitungen mit hoher Übertragungsleistung, Solar-Freiflächenanlagen, größere Offshore-Windparks und Biogasanlagen;
5. vergleichende Darstellung des Naturflächen- und Ressourcenverbrauchs, der Belastungsfaktoren, wie etwa Schattenwurf, hörbarer Schall und Infraschall durch Windräder, des Windturbinensyndroms (WTS), des Artenschwunds (z. B. Vogelschlag und Insektensterben durch Windkraftanlagen) bei sogenannten erneuerbaren Energien und bei konventionellen Energieträgern;
6. Darstellung aller Speicher- und Transportmöglichkeiten für Energie bzw. elektrischer Energie und des jeweiligen Entwicklungsstands, der Zeitperspektiven, der Kosten, der Infrastrukturmaßnahmen, der Effizienz sowie der jeweiligen Vor- und Nachteile;
7. vergleichende Darstellung von Lebenszyklen, Entsorgungskosten, Recycling-Möglichkeiten, Kostenstrukturen und -trägern bei sogenannten erneuerbaren Energien und bei konventionellen Energieträgern;
8. Darstellung der Energieeffizienz (u. a. Kosten-Nutzen-Relation, Analyse) aller Energieträger;
9. falsifizierbare Darstellung der Bedeutung Deutschlands an klimatischen Änderungen im globalen Kontext;
10. Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Theorien, Hypothesen und Arbeitsergebnissen, die die klimatischen Veränderungen und die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Sicherstellung der Energieversorgung für die Bundesrepublik Deutschland bis in das Jahr 2100 beleuchten;
11. Benennung von Alternativen zur „Energiewende“ bzw. von Zukunftsperspektiven anderer/weiterer alternativer Energieträger – Darstellung realisierbarer Ideen, Konzepte (z. B. „grüner“ Wasserstoff, Kernreaktorkonzepte der Generation IV, Abscheidung von CO₂ aus Verbrennungsprozessen (CCS) und Darstellung von Vor- und Nachteilen derselben);
12. Analyse und Bewertung der Auswirkungen der deutschen „Energiewende“ auf das inländische und europäische Versorgungsnetzwerk (Brown- und Blackout-Gefahr, Kosten und Folgen des Redispatch);
13. Anzeige der sozioökonomischen Faktoren bzw. Folgen der „Energiewende“, insbesondere mit Blick auf die Bezahlbarkeit und Sozialverträglichkeit (Verarmung und Ausweitung der sozialen Schere bis hin zur Spaltung der Gesellschaft) derselben;
14. Benennung von Möglichkeiten, die zur Reduzierung des staatlichen Abgabenteils am Strompreis und an sonstigen Energieträgern führen können;
15. Darstellung der Auswirkungen der „Energiewende“ auf den deutschen Arbeitsmarkt (Verlust von Arbeitsplätzen, Fachkräftemangel etc.);
16. Abwägung der jeweiligen Vor- und Nachteile von möglichen, verschiedenen Formen einer Bürgerbeteiligung zur „Energiewende“;

17. Benennung der Einsatzmöglichkeiten von digitalisierten, „smarten“ Stromzählern und ihrer Vor- und Nachteile für den einzelnen Verbraucher;
18. Analyse der Folgen des durch den beschlossenen Kohleausstieg künftigen Wegfalls der Kohlekraftwerke in ihrer Eigenschaft als Abfallentsorgungsbetriebe für die deutsche Abfallentsorgung;
19. Darstellung der Vor- und Nachteile sowie möglicher Kosten der Förderung von Erdgas in Deutschland;
20. Darlegung des konkreten Umgangs anderer Industriestaaten mit den Verpflichtungen des Pariser Übereinkommens von 2015 und Vergleich mit dem entsprechenden Umgang Deutschlands;
21. Darstellung eines Überblicks der bisherigen Verwendung von Geldmitteln aus dem Green Climate Fund durch die Nehmerstaaten.

II. Ausgangslage

Die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland befindet sich bereits seit mehreren Jahrzehnten in einem fortwährenden, tiefgreifenden und hochdynamischen Wandel. Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verschlechtert sich die bis dato ohnehin schon angespannte Lage der Stromstabilität. Deutschland ist wie kaum ein anderes europäisches Land von der Zulieferung russischer Rohstoffe abhängig. Die Bundesrepublik Deutschland bezieht aktuell ca. 35 (Anfang 2022 55) Prozent ihres Erdgases, 12 (Anfang 2022 30) Prozent ihres Erdöls aber aktuell keine (Stand Anfang 2022 46 Prozent) ihrer Steinkohle aus Russland.¹ Ein Teil dieser Ressourcen wird hierzulande zur Energiegewinnung benutzt.² Angesichts weiterer drohender Stopps der Gaslieferung Russlands beabsichtigt die Bundesregierung, die „Energiewende“ zu beschleunigen.³ Bereits im Jahr 2035 soll die Stromversorgung nahezu vollständig auf erneuerbaren Energien beruhen.⁴ Bisher war geplant, die Energiewende im Einklang mit dem europäischen „Green Deal“ und dem Maßnahmenpaket „Fit for 55“ vor 2050 abzuschließen. Um das neue Ziel zu erreichen, soll bis 2030 die Windenergie an Land verdoppelt, zur See sogar vervierfacht werden. Letzteres gilt auch für die Leistung von Solaranlagen.⁵

¹ https://www.lbbw.de/perspektiven/themenspecials/fit-for-55/news/energiewende-beschleunigt-wegen-ukraine-krieg_aee97o1aaf_d.html, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

² <https://www.deutschlandfunk.de/energieversorgung-russland-deutschland-100.html#stromerzeugung>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

³ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energiewende-bundesregierung-habeck-1.5537854>, zuletzt aufgerufen am 22.04.2022.

⁴ https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/04_EEG_2023.pdf?__blob=publicationFile&v=8, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

⁵ https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/E/referentenentwurf-erneuerbaren-energien-und-weiteren-massnahmen-im-stromsektor.pdf?__blob=publicationFile&v=6, zuletzt aufgerufen am 12.05.2022.

Die schnell zunehmenden Mengen an fluktuierendem Wind- und Solarstrom führten bereits in der Vergangenheit zu einer Destabilisierung des gesamten europäischen Übertragungsnetzes. Für diesen Umstand wurde die Bundesrepublik bereits von einigen Nachbarländern heftig kritisiert. Generell wird die deutsche „Energiewende“ im Ausland unterschiedlich bewertet. Während die einen erwartungsvoll auf den deutschen Weg schauen, sehen die anderen in der zeitgleichen Abkehr der Nutzung fossiler und nuklearer Energiequellen eine Gefahr für die Sicherheit der Stromversorgung, auch ihrer eigenen.⁶ Insbesondere unsere Nachbarländer östlich von Oder und Neiße äußerten in der Vergangenheit über den „Alleingang Deutschlands“ ihren Unmut.⁷ Speisten zum Beispiel bei steifer Brise die Windräder in Mecklenburg-Vorpommern zu viel Watt in die Leitungen, schwappten diese Mengen immer wieder ungeplant in die Leitungen unserer Nachbarländer hinüber. Infolgedessen kam es dort vermehrt zu Überlastungen des Hochspannungsnetzes und Beinahe-Ausfällen.⁸

Außenpolitische Spannungen wollte man sich mit der „Energiewende“ nicht einhandeln, stattdessen Vorbild sein. Bisher zeigen selbst diejenigen Länder, die das deutsche Vorhaben positiv bewerten, jedoch keine Ambitionen, vollständig auf sogenannte erneuerbare Energien zu setzen.⁹

Wie das obige Beispiel zeigt, sollte das Stromnetz nicht ausschließlich länderspezifisch betrachtet werden, da es Teil eines komplexen engmaschigen Stromnetzes ist, das grenzüberschreitend in Funktion ist. Das bestehende Versorgungssystem ist auf Energiequellen ausgelegt, die sich regulieren lassen. Bedauerlicherweise trifft dieses Kriterium nicht auf erneuerbare Energien zu. Wind- und Solarstromanlagen sind – um Strom zu erzeugen – auf entsprechende Wetterverhältnisse angewiesen. Ist die Energiegewinnung von einer launischen Variablen wie dem Wetter abhängig, so fürchtet man sich vor allem vor „Dunkelflauten“. An diesen windstillen, wolkenverhangenen Tagen im Winter, an denen Windräder und Photovoltaikanlagen wenig Energie liefern, der Verbrauch aber aufgrund der Witterung besonders hoch ist, bedarf es, um die Stromversorgung aufrecht zu erhalten, einer anderen Energiequelle. Auf ein solches „Backup“ könnte man nur verzichten, wenn das Problem der Energiespeicherung gelöst wäre.

Effiziente Speichertechnologien könnten für einen Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch sorgen, indem sie in Zeiten mit viel Sonne und Wind Strom aufnehmen, den sie in Zeiten von Flaute und bedecktem Himmel wieder in das Netz abgeben.

Nicht nur das Ausbleiben von Wind und Sonne, sondern auch der umgekehrte Fall stellt ein Problem dar: Wenn ein kräftiger Seewind die Offshore-Anlagen in der deutschen See zu Höchstleistungen treibt, wird mehr Strom erzeugt, als vor Ort verbraucht werden kann. Aufgrund fehlender Stromtrassen kann der überschüssige Strom nicht einfach dahin geschickt werden, wo er benötigt wird.¹⁰ Die Netzbetreiber schalten dann schon einmal ganze Windparks im Norden ab und fahren Kohlekraftwerke im Süden hoch, um die Ungleichgewichte zu beseitigen und eine Überlastung der Leitungen zu verhindern, oder „entsorgen“ den überschüssigen Strom für wenig Geld oder sogar gegen eine Gebühr ins Ausland.¹¹

⁶ <https://www.welt.de/politik/ausland/plus236273540/Polen-Die-deutsche-Energiewende-ist-eine-Gefahr.html>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

⁷ <https://www.manager-magazin.de/magazin/artikel/energiewende-nachbarlaender-erklaren-deutschland-stromkrieg-a-915433.html>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

⁸ https://www.t-online.de/finanzen/immobilien-wohnen/immobilienmarkt/id_52058200/polen-gefahr-det-deutsche-energiewende.html, zuletzt aufgerufen am 12.05.2022.

⁹ <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/warum-die-energiewende-zu-scheitern-droht>, zuletzt aufgerufen am 12.05.2022.

¹⁰ <https://www.swr.de/swr2/wissen/streit-um-stromtrassen-muss-norddeutscher-windstrom-in-den-sueden-sw2-wissen-2020-06-16-100.html>, zuletzt aufgerufen am 12.05.2022.

¹¹ https://www.focus.de/immobilien/experten/energiewende-strom-wird-verschenkt-trotz-fehler-speicher-wird-die-windkraft-weiter-ausgebaut_id_8441583.html, zuletzt aufgerufen am 12.05.2022.

Es fällt auf, dass Strom ein besonderes Gut ist. Er ist nicht speicherbar (jedenfalls derzeit nicht in den erforderlichen Mengen) und muss daher in jedem Augenblick in genau der gleichen Menge erzeugt werden, wie er gerade gebraucht wird. Damit muss sich die Stromerzeugung sekundlich an den aktuellen Bedarf anpassen lassen. Sofern Erzeugung und Verbrauch einmal nicht exakt übereinstimmen, wirkt sich das sofort und unvermeidbar auf die Frequenz aus: Zu wenig Erzeugung bedeutet Absinken der Frequenz, zu viel Ansteigen.

Durch die unkontrollierte Zufuhr an „grüner Energie“ bedarf es, um die Sollfrequenz im Netzwerk von 50 Hertz zu halten, zunehmend an anderer Stelle einer Nachsteuerung.

Schon heute werden industrielle Großverbraucher vom Netz abgeschnitten, um einen flächendeckenden Stromausfall (Blackout) zu verhindern. Dieser „Lastabwurf“ stellt die letzte mögliche Maßnahme dar, um dem drohenden kompletten Zusammenbruch des Verbundnetzes oder eines Teils davon zuvorzukommen. Von dieser „Ultima Ratio“ musste in den vergangenen Jahren immer öfters Gebrauch gemacht werden. Im vergangenen Jahr stand Deutschland bereits mehrmals vor dem Total-Blackout.¹²

Natürlich erfolgt eine solche temporäre Abtrennung nicht ohne Einverständnis des Beteiligten und dies auch nur gegen Bezahlung einer Entschädigungssumme. Auch der Noteingriff an sich kostet enorm viel Geld: Für Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen fielen im Jahr 2021 nach Zahlen der Bundesnetzagentur rund 1,4 Milliarden Euro an – 100 Millionen Euro mehr als 2019.¹³ Auch diese Kosten werden über die Netzentgelte auf den Strompreis umgelegt und landen am Ende beim Verbraucher.

Dabei sind die Energiepreise für den deutschen Steuerzahler schon enorm hoch: Allein durch die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, die die erneuerbaren Energien mitfinanziert, stiegen sie 2020 auf ein neues Rekordhoch von 33 Milliarden Euro¹⁴, für das in Zukunft der Steuerzahler aufkommen soll.

Die Eingriffe in das Stromnetz sollten ursprünglich eine Ausnahme darstellen. Aufgrund der vielen Störungen gehören sie mittlerweile jedoch zum Alltag der Übertragungsnetzbetreiber. In einem aktuellen Interview vom 21. März 2022 zeigte sich der Chief Operating Officer von Tennet, einem der größten Übertragungsnetzbetreiber für Strom, Tim Meyerjürgens, nicht gerade zuversichtlich: „Das wird alles sehr knapp“.¹⁵

Eine zuverlässige Stromversorgung ist in einem hochtechnisierten Land eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine intakte Gesellschaftsordnung. Dass die Wahrscheinlichkeit eines Blackouts größer wird, sollte jeden beunruhigen.

Für Wolfram Geier, Abteilungsleiter für Risikomanagement und Internationale Angelegenheiten im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), gehört ein Blackout aktuell „zu den größten Risiken für unser Land“.¹⁶

Auch der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft berichtete unlängst über die steigende Gefahr eines flächendeckenden Stromausfalls. Als Grund für die negative Entwicklung wird die „Energiewende“ gesehen: Sie sei ein „permanenter Stresstest“ für Energieversorger und Netzbetreiber.¹⁷

¹² https://www.focus.de/wissen/energieversorgung-gefaehrdet-koalitionsgespraechе-und-blackout-energie-wende-macht-stromausfall-nun-immer-wahrscheinlicher_id_24301974.html, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

¹³ Hamburger Abendblatt, 10.03.2022, S.6.

¹⁴ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/eeg-umlage-teure-rechnung-fuer-strom-aus-sonne-und-wind-17003133.html>, zuletzt aufgerufen am 12.05.2022.

¹⁵ <https://www.energate-messenger.de/news/220999/das-wird-alles-sehr-knapp>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

¹⁶ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/blackout-gefahr-risiko-deutschland-warnung-gdv-101.html>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

¹⁷ <https://www.gdv.de/de/themen/news/blackout-vom-drohenden-kollaps-der-gesellschaft-82420>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

Christoph Unger, vormaliger Präsident des BBK, hält den Blackout ebenfalls für das schlimmste vorstellbare Szenario: „Elektrizität ist unser Lebenselixier, mit ihr betreiben wir den Verkehr, das Mobilfunknetz, das Internet, Supermarkttüren und Geldautomaten. Fällt der Strom aus, können Sie Ihre Toilette nicht mehr spülen. Sie glauben gar nicht, wie schnell die voll ist.“ Seine Prognose: „Wenn er eintritt, bricht binnen ein, zwei Tagen Chaos aus.“¹⁸

Welche Auswirkungen ein Blackout haben könnte, kann u. a. dem Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung „Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften – am Beispiel eines großräumigen und langandauernden Ausfalls der Stromversorgung“ entnommen werden.

Den Autoren zufolge würde ein langandauernder Stromausfall „die Bevölkerung in Unsicherheit und Angst versetzen sowie Gefährdungen von Leib und Leben mit sich bringen.“¹⁹

Obwohl hinsichtlich der verheerenden Auswirkungen eines Blackouts Einigkeit zu bestehen scheint, wird nicht konsequent gegen das Problem vorgegangen. Ein Grund könnte in den unterschiedlichen Auffassungen liegen, die in puncto Eintrittswahrscheinlichkeit vertreten werden. Auch wenn die Ausfallwahrscheinlichkeit (trotz steigendem Risiko) in Zukunft gering bleiben dürfte, müssen Lösungen zur Stabilisierung und Sicherstellung der Stromversorgung gefunden werden. Die drohenden Folgen wären zu groß, als dass man die Stromversorgung dem Zufall überlassen könnte. Da selbst kurze Störungen gravierende Folgen haben können, sind Lösungen für eine umfassende Versorgungssicherheit gefragt.

Dass die Stromversorgung in Deutschland trotz der entschlossen vorangetriebenen „Energiewende“ noch stabil ist, liegt in erster Linie an der Tatsache, dass Deutschland im Bedarfsfall Strom aus konventionellen Energiequellen beziehen kann.

Da allerdings immer mehr von diesen flexiblen Kraftwerken vom deutschen Netz gehen (müssen), muss Deutschland schon jetzt immer mehr Strom aus dem Ausland kaufen.²⁰ Diese zunehmende Abhängigkeit vom Ausland könnte verhindert werden, wenn z. B. effiziente Energiespeichermöglichkeiten gefunden würden. Trotz jahrelanger Forschung können auf diesem Gebiet keine greifbaren Erfolge verbucht werden. Die derzeit effizienteste Methode sind sogenannte Pumpspeicherkraftwerke. Bei diesen wird Wasser mittels überschüssiger Energie in ein höher gelegenes Wasserbecken gepumpt, um dieses bei Bedarf wieder ins Ursprungsbecken abzulassen. Die durch den Wasserfall entstehende Energie treibt Turbinen an, die wiederum Strom erzeugen. Bei diesem Prozess gehen ca. 20 Prozent der ursprünglichen Energiemenge verloren, der Wirkungsgrad beträgt somit 80 Prozent.²¹

Die Problematik dieser Vorgehensweise dürfte auf der Hand liegen: Neben der Problematik des Eingriffs in die Natur stellt sich in Anbetracht der geringen Leistungsfähigkeit dieser Pumpspeicherkraftwerke die Frage nach einem günstigen Kosten-Nutzen-Faktor. Alle anderen vorhandenen Speichertechnologien sind noch erheblich ineffektiver oder weisen andere Defizite auf.

¹⁸ <https://www.abendblatt.de/hamburg/article234774145/stromausfall-diese-folgen-haette-ein-blackout-in-deutschland-katastrophenschutz.html>, zuletzt aufgerufen am 22.04.2022.

¹⁹ https://www.tab-beim-bundestag.de/projekte_blackout-gefaehrung-und-verletzbarkeit-moderner-gesellschaften-am-beispiel-stromausfall.php, zuletzt aufgerufen am 22.04.2022.

²⁰ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/energie-deutschland-importiert-mehr-strom-als-im-vorjahr-a-7de47e48-8b54-49f1-83fe-acddc740bf13>, zuletzt aufgerufen am 12.05.2022.

²¹ <https://www.verivox.de/strom/themen/pumpspeicherkraftwerk/>, zuletzt aufgerufen am 12.05.2022.

Speicher sind schlichtweg eine „conditio sine qua non“ für die Durchführbarkeit der „Energiewende“. Das Problem der fehlenden Speicherkapazitäten hat also das Potenzial, die Ziele der „Energiewende“ infrage zu stellen. Auf der Webseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) heißt es: „Energiespeicher sind ein wichtiges Thema für eine überwiegend auf erneuerbaren Energien basierende Energieversorgung. Sie sind perspektivisch notwendig, aber heute noch meist teuer und teilweise im Entwicklungsstadium. Deshalb steht bei Speichern derzeit die Forschung und Entwicklung im Vordergrund, insbesondere um die notwendigen Kostensenkungspotenziale zu erreichen. Hierfür führt die Bundesregierung derzeit die „Forschungsinitiative Energiespeicher“ durch.“²²

Erneuerbare Energien bergen darüber hinaus auch noch weitere Probleme, auf die an dieser Stelle nur kurz eingegangen werden soll: Aktive Windkraftanlagen verursachen gleich mehrere unangenehme Immissionen wie z. B. „Schlagschatten“ und „Infraschall“.

Menschen, die diesem unnatürlichen Licht-Schatten-Spiel mehr als 15 Stunden pro Jahr ausgesetzt sind, sehen ihre Lebensqualität erheblich beeinträchtigt. Durch eine Studie konnte ein kausaler Zusammenhang zwischen der physikalischen Variablen (Schattenwurf) und den psychischen Effekten festgestellt werden.²³

Zusätzlich zum hörbaren Schall erzeugen Windkraftanlagen Infraschall, der nicht hörbar wahrgenommen wird, der aber auf den Körper eine negative Wirkung haben kann.²⁴

Der Ökologe Jethro Gault von der Universität East-Anglia in Großbritannien sieht Deutschland als „Region mit einem hohen Risiko für Vogelschlag.“²⁵ Auch die Zeitung GEO will herausgefunden haben, dass die Opferzahlen von Vögeln viel höher ist als bislang gedacht.²⁶

Windkraftanlagen könnten zudem für einen Teil des Insektenartensterbens verantwortlich sein. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) beziffert in einer Modellanalyse die Zahl der durch Windräder in Deutschland getöteten Fluginsekten während der warmen Jahreszeit auf 5,3 Milliarden pro Tag.²⁷ Pro Jahr entstünden beim Durchflug der Rotoren Verluste von mindestens 1200 Tonnen. „Es handelt sich um eine Größenordnung, die durchaus relevant für die Stabilität der gesamten Population sein könnte“, heißt es in einem Beitrag des Studienautors Franz Trieb, Experte für Energiesystemanalyse am DLR-Institut für Technische Thermodynamik.

²² <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Textsammlungen/Energie/speichertechnologien.html>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

²³ https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Akzeptanz/130_Pohl_Faul_Mausfeld_1999.pdf, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

²⁴ <https://www.bundestag.de/resource/blob/657038/05e0a36c803110ae446a7c04dc4e1f6a/WD-8-099-19-pdf-data.pdf>, S. 4 f., zuletzt aufgerufen am 22.04.2022.

²⁵ <https://www.rnd.de/wissen/windkraft-wo-anlagen-fuer-voegel-besonders-gefaehrlich-sind-A4WICLG57ZEDVLYCQB7RLQ3UOA.html>, zuletzt aufgerufen am 22.04.2022.

²⁶ <https://www.geo.de/natur/nachhaltigkeit/21698-rtkl-artenschutz-windenergie-und-voegel-die-opferzahlen-sind-viel-hoehler>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

²⁷ https://www.dlr.de/tt/Portaldata/41/Resources/dokumente/st/et_1810_10_3_Trieb_BCDR_51-55_ohne.pdf und https://www.dlr.de/content/de/artikel/news/2019/01/20190326_dlr-studie-zu-wechselwirkungen-von-fluginsekten-und-windparks.html, beide zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

Auch wenn sich der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck angesichts der gegenwärtigen Gaskrise offen für eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken gezeigt hat („Es gibt keine Denktabus“)²⁸, scheint eine dauerhafte Fortsetzung der Nutzung von Kernenergie immer noch sehr unwahrscheinlich. In einem Gutachten des BMWK und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, indem „ideologiefrei“ geprüft werden sollte, ob und inwiefern eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken zur Energiesicherheit beitragen könnte und ob diese Verlängerung im Hinblick auf die nukleare Sicherheit vertretbar ist, kam man zum Ergebnis, dass eine „Laufzeitverlängerung der drei noch bestehenden Atomkraftwerke angesichts auch der aktuellen Gaskrise nicht zu empfehlen“ sei. Einige Beobachter bezeichnen die Argumente der beteiligten Ministerien als nicht stichhaltig und fordern eine erneute Prüfung.²⁹

Mittlerweile hat sich Habeck dazu durchgerungen, von den drei verbliebenen Atomkraftwerken in Deutschland zwei bis Mitte April 2023 als Notreserve „laufen“ zu lassen. „Die beiden AKW Isar 2 und Neckarwestheim sollen bis Mitte April 2023 noch zur Verfügung stehen, um falls nötig, über den Winter einen zusätzlichen Beitrag im Stromnetz in Süddeutschland 2022/23 leisten zu können“, sagte der Grünen-Politiker.³⁰

Gegen diesen „Notfallplan“ äußerte sich kürzlich TÜV-Chef Joachim Bühler kritisch. Kernkraftwerke in der Notreserve könnten nicht kurzfristig den fehlenden Strom liefern, da „das Anfahren aus dem Kaltbetrieb ein mehrtägiger Prozess“ sei.³¹

Die Energiekonzerne E.ON und RWE, die jeweils eines der drei verbliebenen Kernkraftwerke betreiben, schließen einen Weiterbetrieb mit der Begründung aus, dass die Vorbereitungsmaßnahmen für die Abschaltung schon zu weit fortgeschritten seien.³²

Derweil mehren sich in der öffentlichen Debatte prominente Stimmen, die die Gefahr bzw. konkrete Aussicht einer ungenügenden Energieversorgung thematisieren. In der TV-Sendung „Maischberger“ sagte etwa Ex-Bundespräsident Gauck: „Wir können auch einmal frieren für die Freiheit. Und wir können auch einmal ein paar Jahre ertragen, dass wir weniger an Lebensglück und Lebensfreude haben.“³³

²⁸ <https://www.dw.com/de/habeck-l%C3%A4sst-l%C3%A4ngere-akw-laufzeit-pr%C3%BCfen/a-60939169>, zuletzt aufgerufen am 22.04.2022.

²⁹ <https://www.merkur.de/wirtschaft/atomausstieg-umweltministerium-habeck-fachkenntnisse-bjoern-peters-bmuv-91434651.html>, zuletzt aufgerufen am 22.04.2022.

³⁰ https://www.focus.de/finanzen/news/bericht-habeck-will-zwei-atomkraftwerke-als-notreserve-laufen-lassen_id_141241682.html, zuletzt aufgerufen am 07.09.2022.

³¹ <https://www.spiegel.de/wissenschaft/energie-krise-tuev-chef-sieht-notfallnutzung-deutscher-atomkraftwerke-skeptisch-a-2061b704-fa11-4df2-8aa6-bfef4ca48b69>, zuletzt aufgerufen am 07.09.2022.

³² <https://www.zeit.de/news/2022-03/16/atomkraft-laufzeitverlaengerung-fuer-eon-weiter-kein-thema>, zuletzt aufgerufen am 22.04.2022.

³³ <https://www.welt.de/vermischtes/article237436427/Maischberger-Wir-koennen-auch-einmal-frieren-fuer-die-Freiheit-sagt-Joachim-Gauck.html>, zuletzt aufgerufen am 22.04.2022.

Falls es trotz dieser Maßnahmen zu einem Gasdefizit kommen sollte, will man mittels Rückgriffs auf den „Notfallplan Gas“ einen Totalausfall verhindern. Die erste Stufe („Frühwarnstufe“) wurde vom BMWK per Pressemitteilung bereits am 30. März 2022 ausgerufen³⁴, die Alarmstufe am 23. Juni 2022³⁵. Im Moment stellen Industrieunternehmen Kriterien auf, nach denen Maschinen im Notfall abgestellt werden. Große Industriekonzerne wie Thyssen-Krupp und BASF suchen gegenwärtig in ihren Produktionsnetzwerken nach Anlagen, die im Ernstfall verzichtbar sind. Einige andere Unternehmen wie z. B. Gashersteller und Zinkereien könnten ihre Maschinen nicht abschalten. Für sie würde ein Ausschalten der Werke einen Totalschaden bedeuten.³⁶ Aus diesem Grund beginnen einige Unternehmen mit der Planung der Auslagerung ihrer Wertschöpfungskette ins Ausland (Fall Arcelor-Mittal).³⁷ Auf der letzten Stufe („Notfallstufe“) würde der Staat (Bundesnetzagentur) nicht systemrelevante Unternehmen vom Netzwerk abkoppeln. Im Worst-Case-Szenario würden wohl zunächst der Gastronomie und dem Einzelhandel der Gashahn zugekehrt werden.

Im Verkehrssektor ermittelte das BMWK im Jahr 2021 einen Ausstoß von 148 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten.³⁸ Aus diesem Grund wird auch im Mobilitätsbereich ein Umdenken angestrebt. Durch diverse Anreize (z. B. Umweltbonus) versucht die Bundesregierung Einfluss auf Entscheidungen der Bürger zu nehmen, um sie zum gewünschten Verhalten zu bewegen. Das von der Bundesregierung favorisierte Fortbewegungsmittel der Zukunft – das E-Auto – wird immer wieder als klimaschonend bezeichnet. Doch sind elektrische Antriebe tatsächlich umweltfreundlich? Zum einen existiert die Batterien-Problematik (Gewinnung, mangelnde Funktionstüchtigkeit/leichte Entflammbarkeit, Haltbarkeit, Entsorgung), zum anderen entsteht durch die Abkehr vom Verbrennungsmotor ein erhöhter Strombedarf.

Eine der effizientesten Methoden der Energieerzeugung stellt die Kernkraft dar. Sie ist die konzentrierteste Energieform, die Menschen derzeit für sich erschlossen haben. Sie kann auf kleinstem Raum sehr viel Energie bereitstellen und ist bei einer Gesamtbeurteilung von Bau, Betrieb, Rückbau und Entsorgung sogar emissionsärmer als Windkraft.

Zudem wird ihr der größte „Erntefaktor“ zugeschrieben. Trotz des Potenzials schwerer Störfälle und der Entsorgungsproblematik kann sie darüber hinaus als „sichere Energiequelle“ bezeichnet werden. Auch die EU-Kommission stuft die Kernenergie (und das Erdgas) inzwischen als nachhaltig/klimafreundlich ein.³⁹

³⁴ <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/03/20220330-bmwk-ruft-fruehwarnstufedes-notfallplan-gas-versorgungssicherheit-gewahrleistet.html>, zuletzt aufgerufen am 12.05.2022.

³⁵ https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/aktuelle_gasversorgung/start.html.

³⁶ <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energiewirtschaft-bund-arbeitet-an-abschaltplan-fuer-industrie-bei-gas-lieferstopp/28176772.html>, zuletzt aufgerufen am 12.05.2022.

³⁷ Handelsblatt, 08.04.2022, S.44.

³⁸ <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2022/03/20220315-treibhausgasemissionen-stiegen-2021-um-45-prozent.html#:~:text=Im%20Verkehr%20wurden%20im%20Jahr,zul%C3%A4ssigen%20Jahresemissionsmenge%20von%20145%20Mio>, zuletzt aufgerufen am 09.05.2022.

³⁹ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/taxonomie-atomkraft-eu-kommission-101.html#:~:text=Neue%20Atomkraftwerke%20sollen%20bis%202045,Abf%C3%A4lle%20ab%20sp%C3%A4testens%202050%20vorliegt.&text=Das%20Lager%20der%20Atomkraft%20Gegner,um%20die%20Taxonomie%20DVerordnung%20abzuwenden>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

Durch den „grünen Stempel“ dürfen Kernkraftwerke auch weiterhin (bis 2045) Strom produzieren und ins Netzwerk einspeisen. Das neue „Klima-Siegel“ wird nicht von allen Mitgliedstaaten begrüßt. Einige wollen darin sogenanntes „Greenwashing“ erblicken. Sie werfen der Kommission vor, dass diese den Begriff „nachhaltig“ auslege, wie es ihr gerade passe. Unter die gängige Definition könne man die Kernenergie nicht subsumieren. Nach dieser dürfe eine Maßnahme nur dann als nachhaltig bezeichnet werden, wenn sie auf lange Sicht die Freiheitsrechte künftiger Generationen nicht besneide.⁴⁰

Fast alle Länder schätzen den vorhandenen Nutzen von Kernkraftwerken höher als das bestehende Risiko ein. Weltweit werden zurzeit über 50 neue Kernkraftwerke gebaut, vor allem in China und Indien, aber auch bei unseren europäischen Partnern in Polen, Frankreich und Großbritannien. Zum Teil handelt es sich bei den Bauprojekten um Kernreaktoren der vierten Generation. Diese sollen im Vergleich zu klassischen Leistungsreaktoren und deren Weiterentwicklungen sicherer, nachhaltiger und wirtschaftlicher sein. Insgesamt 14 Industrieländer treiben diese „Revolution der Kernkraft“ an, indem sie ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Forschungsverbund „Generation IV International Forum“ (GIF) koordinieren. Deutschland ist trotz seines Atomausstiegs über die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) indirekt am GIF beteiligt.

III. Zusammensetzung und Öffentlichkeit

Der Enquete-Kommission gehören 19 Mitglieder des Deutschen Bundestages und 19 Sachverständige an. Die Fraktion der SPD benennt sechs Mitglieder, die Fraktion der CDU/CSU fünf, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drei, die Fraktionen der FDP und AfD je zwei und die Fraktion DIE LINKE. ein Mitglied. Für jedes Mitglied des Deutschen Bundestages kann ein stellvertretendes Mitglied benannt werden. Die Sachverständigen werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so benennen sie die Fraktionen nach dem vorgenannten Schlüssel. Die Enquete-Kommission kann die Öffentlichkeit ihrer Beratungen herstellen, dies gilt insbesondere für Anhörungen und Fachgespräche.

IV. Zeitplan

Die Enquete-Kommission soll sich unverzüglich konstituieren. Sie soll dem Deutschen Bundestag spätestens bis Ende des Jahres 2024 einen Abschlussbericht mit Arbeitsergebnissen und Handlungsempfehlungen vorlegen. Ihr Bericht wird in angemessener Form einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Berlin, den 27. Mai 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

⁴⁰ <https://www.sueddeutsche.de/politik/nachhaltig-energiequellen-eu-1.5500557>, zuletzt aufgerufen am 21.04.2022.

